

## **Einrichtung einer IGS gefährdet Gymnasium in Steinhude**

Das neue Zauberwort in der Wunstorfer Schuldiskussion heißt IGS – Integrierte Gesamtschule. Den Bürgerinnen und Bürgern wird – von der Gesamtschulinitiative Wunstorf – der Eindruck vermittelt, nur eine IGS sei die Lösung aller Schulprobleme. Diese einseitige Position wird von den Grünen und der SPD völlig kritiklos übernommen.

Ganz so idyllisch, wie es uns die Befürworter einer IGS vorgaukeln wollen, sieht die CDU das Schulleben dort allerdings nicht. Die fehlende Leistungsorientierung mag zwar während der Schulzeit das eine oder andere Problem verschieben, bei der Bewältigung der zentralen Abschlussarbeiten und beim Start in das oft knallharte Berufsleben kann es jedoch für IGS – Schüler zu echten Schockerlebnissen kommen.

Neben pädagogischen Bedenken sprechen aus unserer Sicht speziell in Wunstorf vor allem fünf Argumente gegen die Errichtung einer solchen Schule:

- Das momentan vielfältige Angebot in Wunstorf mit seinen Förderschulen, den drei Haupt- und Realschulen, den beiden Gymnasien und dem Wirtschaftsgymnasium als zusätzlicher Möglichkeit für die Sekundarstufe II erlaubt es, jedes Kind im Rahmen seiner Möglichkeiten umfassend zu fördern und natürlich auch zu fordern.
- Die Einrichtung einer IGS zwingt zu baulichen Investitionen in Höhe von mindestens 1,75 Millionen Euro. Die CDU hat nichts dagegen, Geld in Schule und Bildung zu investieren, aber der für eine IGS benötigte Erweiterungsbau würde dazu führen, dass angesichts der sinkenden Schülerzahlen schon in wenigen Jahren Schulraum in den übrigen Wunstorfer Schulzentren leer stünde. Eine solche Verschwendung von öffentlichen Geldern können wir uns gerade vor dem Hintergrund einer Wirtschaftskrise überhaupt nicht leisten. Zudem ist abzusehen, dass uns die für eine Schaffung von räumlichen Überkapazitäten verwendeten Mittel dann besonders beim Ausbau des Ganztagsangebotes und bei der Erhaltung der bestehenden Schulgebäude fehlen würden.
- Um die hohen Investitionen für eine IGS auszugleichen, könnten wir gezwungen sein, kleinere Grundschulen in absehbarer Zeit zu schließen.
- Schulen und Schüler brauchen Ruhe und Kontinuität. Die gerade erst geordnete Schullandschaft in Wunstorf dürfen wir deshalb durch die Errichtung einer IGS nicht schon wieder umfassend durcheinander wirbeln.
- Eine IGS in Wunstorf würde ein Überangebot besonders im gymnasialen Bereich schaffen. Die Prognosen zeigen, dass ab 2014 mit 6, später dann nur noch mit 5 gymnasialen Eingangsklassen zu rechnen ist. Damit wäre das Ende für unser Gymnasium in Steinhude eingeläutet, das erst vor zwei Jahren eingerichtet wurde, sich bereits während dieser kurzen Zeit einen hervorragenden Ruf erworben und somit einen Bestandsschutz verdient hat.

Die Einrichtung einer IGS in Wunstorf ist also keineswegs ein Allheilmittel gegen die schulischen Probleme unserer Kinder. Im Gegenteil. Sie schafft neue Probleme, ginge zu Lasten der bestehenden Schulen und würde für das Steinhuder Gymnasium sogar das Aus bedeuten. Hinzu kommt, dass in Zukunft die Möglichkeit wegfällt, an einer IGS das Abitur nach 13 (statt nach 12) Jahren zu erlangen und ein Ganztagsbetrieb dort keineswegs garantiert ist. Die CDU spricht sich deshalb gegen die Errichtung einer IGS in Wunstorf aus.

Um den schulischen Erfolg unserer Kinder zu gewährleisten, müssen wir die zur Verfügung stehenden Mittel dafür verwenden, das Ganztagsangebot an allen Wunstorfer Schulen auszubauen, die bestehenden Schulgebäude fortlaufend zu modernisieren und auch kleinere, ortsnahe Grundschulen zu erhalten. Die Kosten dafür werden nur zu bewältigen sein, wenn es uns gelingt, die bestehenden Schulgebäude optimal auszunutzen.

Vorstellen kann sich die CDU die Einrichtung einer Kooperativen Gesamtschule (KGS) in Steinhude, weil nur dadurch der Erhalt des dortigen Schulzentrums einschließlich des gerade erst ins Leben gerufenen Gymnasiums gewährleistet werden könnte.

Heinz – Gerhard Kück

Schulpolitischer Sprecher der CDU/UWG - Gruppe